



Marktplatz in Bahrein: Das Königreich lebt vom Bankgeschäft und von den Touristen

Kleiner Staat, große Mächte

Sieht so die demokratische Zukunft des ganzen Nahen Ostens aus? Schon vor dem Irak-Krieg experimentierte das Königreich Bahrein mit freien Wahlen. Die meisten Stimmen sicherten sich Islamisten, denen Amerikas Flottenstützpunkt am Persischen Golf ein Dorn im Auge ist.

Im Jahre 1879 segelte die USS „Ticonderoga“, ein eleganter Dreimaster mit 14 Geschützen an Bord, durch die Straße von Hormus. Es war der erste Besuch eines amerikanischen Kriegsschiffs am Persischen Golf, und es war der Beginn einer schwierigen Freundschaft.

Commodore Robert Shufeldt, der Kommandant des Schiffes, kam in friedlicher Mission, er sollte Kontakte knüpfen. Die USA waren noch Jahrzehnte davon entfernt, eine Großmacht zu sein, sie brachten sich für den aufblühenden Welthandel in Stellung. Noch lagen die Küsten der Arabischen Halbinsel im Schatten der Geschichte, noch dominierte das britische Empire den Golf.

66 Jahre später, im Frühjahr 1945, hatte der Wind gedreht. An Bord des Kreuzers USS „Quincy“ empfing Amerikas Präsident Franklin D. Roosevelt den ersten saudischen König Abd al-Asis. Der Zweite Weltkrieg ging zu Ende, man hatte den strategischen Wert des Erdöls er-

kannt – und verstanden, dass man sich mit den Beduinen und Perlenfischern am Golf künftig werde gut stellen müssen.

Ein arabischer Krummdolch hängt neben einer Daguerrotypie des historischen Dreimasters und einem verblichenen Foto



US-Admiral Walsh: Gefährliche Mission

vom Treffen auf der „Quincy“ im Hauptquartier der 5. US-Flotte in Bahrein. Hier residiert Patrick Walsh, ein Drei-Sterne-Admiral, der, so sagt er, „das interessanteste Kommando“ führt, das Amerikas Marine heute zu vergeben hat.

Mehr als 15 000 Seeleute stehen unter diesem Kommando, sie patrouillieren am Persischen Golf, im Roten Meer und im Indischen Ozean, die Luftkarten von Walshs Marinefliegern reichen von Tadschikistan bis ans Horn von Afrika. Walsh ist ein Marinekommandeur im globalen Kampf gegen den Terror.

Im Irak-Krieg wurden vom Stützpunkt in Bahrein fünf Kampfgruppen koordiniert, Flugzeugträger und Zerstörer, dazu Fregatten sowie Versorgungsschiffe, mithin die größte Flotte, die nach dem Zweiten Weltkrieg je zusammengezogen worden ist.

Bahrein aber ist ein kleines Land, ein Winzling, selbst im Vergleich mit den an-

deren kleinen Golf-Emiraten. Nur 711 Quadratkilometer misst der Inselstaat, das ist weniger als die Fläche der Stadt Hamburg. Seine Erdölressourcen sind beinahe erschöpft, das Königreich lebt vom Bankgeschäft und von den Touristen, die über

argumentiert, er ist einer der 40 Abgeordneten des freigewählten Unterhauses von Bahrein, eines der lebendigsten Parlamente der arabischen Welt.

Im Sommer 2006, fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September, berät es



SCOTT NELSON / WFN

US-Wachboot in Bahrein: „Dieser Stützpunkt entehrt das Volk“

den König-Fahd-Damm aus Saudi-Arabien herüberkommen. Bahrein, schrieb eine britische Zeitung, sei „der ärmste“ der Golfstaaten. Das ist übertrieben. Es ist der am wenigsten reiche.

Doch was schwerer wiegt: Im Unterschied zu Kuwait, Katar oder den Vereinigten Arabischen Emiraten ist Bahrein ein kompliziertes Gemeinwesen. Ein Viertel der gut 700 000 Bahreiner, darunter die Königsfamilie, sind Sunniten. Sie kontrollieren die Verwaltung, die Polizei und die Armee. Drei Viertel sind Schiiten, sie sind in fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens deutlich unterrepräsentiert, sie fühlen sich als die Stiefkinder ihres Staates.

Die Sunniten, sagen manche Schiitenführer, stünden mit Saudi-Arabien im Bunde, dem großen Nachbarn im Westen mit seiner rigiden wahhabitischen Staatsdoktrin. Die Schiiten, sagen manche Sunnitenscheichs, stünden mit Iran im Bunde, der Regionalmacht im Norden, die sich zur Großmacht aufschwingen will.

Bahreins König Hamad Ibn Issa Al Chalifa regiert einen kleinen Staat, an dem große Mächte zerren. Und es macht die Dinge nicht einfacher, dass zwischen der großen Moschee und dem Hafen von Manama ein amerikanischer Flottenstützpunkt liegt, der von Jahr zu Jahr weiter wächst.

„Dieser Stützpunkt entehrt das Volk von Bahrein“, sagt Mohammed Chalid. „Die 5. Flotte ist Teil der amerikanischen Besatzung des Nahen Ostens.“ Chalid ist kein Terrorist, der aus dem Untergrund

über die Annahme eines neuen Anti-Terror-Gesetzes. Chalid ist so erregt nach der Debatte, dass er auf dem Weg vom Abgeordnetenhaus hinüber in sein Parlamentsbüro in der sengenden Hitze stehen bleibt und sich Luft macht: „Was soll das überhaupt: Anti-Terror-Gesetz? Wir haben keinen Terrorismus in Bahrein, wir brauchen kein Terrorgesetz. Die Vereinigten Staaten sind das Zentrum des Terrorismus auf diesem Erdenrund, den amerikanischen Präsidenten sollte man vor Gericht stellen.“

Doch so einfach und übersichtlich ist die Welt nicht, und der Abgeordnete Chalid muss damit leben, dass seine Meinung nur eine von vielen ist, die im Parlament von Bahrein vorgetragen werden – in einem leidlich herrschaftsfreien Diskurs, der live im Fernsehen übertragen wird.

Chalids Kollege Scheich Adil al-Mauda beispielsweise, auch er ein sunnitischer Islamist, hat ein leicht abweichendes Bild von den Amerikanern. „Ich hasse fast alles, was sie tun, ich verfluche sie“, sagt er. „Aber wir hatten lange gute Beziehungen mit ihnen, sie waren unsere Schutzmacht gegen die Kommunisten und gegen Iran. Wir sind in einem Bündnis mit ihnen und unseren arabischen Nachbarn. Die Amerikaner rauswerfen? Geht nicht.“

Scheich Mauda ist der Führer der radikalen Salafiten im Unterhaus, eines seiner Lieblingsthemen sind die drei noch immer im US-Gefangenenlager von Guantanamo auf Kuba einsitzenden Bahreiner.

Dass sich ausgerechnet zwei Anwälte aus New York um das Mandat für die drei

Männer bemühen, und das auch noch kostenlos, hat sein Weltbild verändert, geringfügig zumindest. „Im Grunde tun mir die Amerikaner leid. Aber vielleicht segnet sie Gott der Allmächtige eines Tages mit einem anständigen Präsidenten.“

Ein ganz anderes Problem mit der amerikanischen Präsenz in Bahrein hatte der Abgeordnete Dschassim Abd al-Al, ein Schiit und Unabhängiger. Er führt eine große Wirtschaftsprüferkanzlei, und es wunderte ihn, dass die Pachtzahlungen der 5. Flotte nicht im Budget auftauchten. Er stellte einen Antrag, die Regierung veröffentlichte die Zahl, und sie kam Abd al-Al verdächtig niedrig vor: nur sechs Millionen Dollar pro Jahr für das riesige Hauptquartier, einen kilometerlangen Pier am Hafen von Manama und die Nutzung des Militärflughafens?

„Ich habe die Zahlen geprüft, und was soll ich sagen: Sie sind niedrig, aber sie stimmen.“ Ein Etappensieg auf dem Weg in die parlamentarische Demokratie.

1999 hatte Emir Hamad die Nachfolge seines seit den sechziger Jahren regierenden Vaters angetreten. Der Vater hatte das Land wirtschaftlich modernisiert, aber die politische Öffnung gescheut.

Sein Sohn war mutiger. Er entließ kurz nach seinem Antritt alle politischen Gefangenen, erlaubte der ins Exil geflohenen schiitischen Opposition die Rückkehr und führte das Frauenwahlrecht ein. Amnesty International, das Bahrein jahrelang als einen Folterstaat geführt hatte, sprach von einer „wahrhaft historischen Epoche des Menschenrechts“.

Das alles geschah im Frühjahr 2001, Monate vor dem 11. September. Im Februar 2002 ließ der Emir sich zum König einer konstitutionellen Monarchie ausrufen und setzte Wahlen an. Die US-Operation in Afghanistan und die sich abzeichnende Invasion des Irak gaben die Kulisse für einen hitzigen Wahlkampf. Bei Demonstrationen vor der US-Botschaft kam ein Mann ums Leben, Graffiti tauchten auf, wie sie heute im Irak zu lesen sind: „Der amerikanische Haarschnitt ist der Beginn der Korruption“.

Und Bahrein erlebte, was in den Jahren danach auch andere erleben sollten, Palästina etwa, Ägypten oder Saudi-Arabien bei ihren ersten demokratischen Gehversuchen: einen Durchmarsch der Islamisten. Nur durch manipulativen Zuschnitt der Wahlkreise gelang es, eine absolute Mehrheit der Radikalen zu verhindern.

Frauen, obwohl offiziell zugelassen, schafften es nicht ins Parlament; dem half der König ab, indem er sechs von ihnen in die Schura schickte, das nicht gewählte, sondern von ihm ernannte Oberhaus. Auch eine Christin und einen Juden berief er.

Die Schlagzeilen aber macht das Unterhaus mit seinen Debatten über sogenannte moralische Angelegenheiten, die Frage zum Beispiel, ob Unterwäsche für

die Allgemeinheit sichtbar zum Trocknen aufgehängt werden darf oder ob Frauen das Autofahren mit vollem Gesichtschleier erlaubt sein soll.

Kontroversen gibt es auch über Prostitution und Alkoholausschank, denn Bahrein ist ein notorisches Freier- und Säuferparadies: Im Juli 2006 nahm die saudiarabische Polizei einen gut 80-Jährigen fest, der mit mehreren Whiskyflaschen über den Damm aus Bahrein zurückkam. Er sei alkoholkrank, sagte der Mann, und seine größte Freude sei es, im angetrun-

schen Schia. „So wie Sistani mit den Amerikanern umgeht, müssen auch wir es machen“, sagt Salman, „nämlich politisch.“

Vor dem Irak-Krieg hatte er Protestmärsche gegen die USA organisiert – danach lud er die Demokratiemacher des National Democratic Institute (NDI), einer US-Organisation, die sich dem weltweiten Aufbau der Zivilgesellschaft verschrieben hat, zu Vorträgen ein. Die Sunniten liefen Sturm gegen diese schiitisch-amerikanische Kooperation. Die Regie-

Eine Delegation aus Bagdad ist zu Besuch in Manama, Iraks Parlamentspräsident und zwölf Abgeordnete. Ein diplomatischer Empfang, gepflegtes Geplauder, die Iraker genießen die friedvolle Atmosphäre. Da wird einer von ihnen laut und sagt: „Die Misere, in der wir heute stecken, verdanken wir nur einem: Saddam!“

Sofort erhebt sich auf der anderen Seite ein zweiter, er brüllt: „Saddam? Ihr habt uns das eingebracht! Ihr und eure iranischen Freunde!“ Der Frieden ist



Schiitenführer Salman, Salafitenführer Mauda: „Die Amerikaner rauswerfen? Geht nicht“

kenen Zustand seine Kamele zu hüten. Der Kadi in Saudi-Arabien verurteilte den Greis zu 300 Peitschenhieben und sechs Monaten Gefängnis.

Genau so, finden manche Abgeordnete in Manama, sollten Alkoholiker auch in Bahrein bestraft werden.

Noch ist es weit bis zu einem mächtigen, souveränen Parlament, doch seriöse Debatten wie etwa über das Demonstrationsrecht oder die Ratifizierung der Internationalen Menschenrechtscharta haben Eindruck gemacht. 2002 noch hatte Scheich Ali Salman, der junge Anführer der stärksten Schiitengruppe von Bahrein, die Teilnahme an den Wahlen abgelehnt. Doch auch sein Weltbild hat sich geändert – und zwar grundlegender als das von Scheich Mauda, seinem Gegenspieler von den radikalen Sunniten. Bei den Wahlen im Herbst wird Scheich Salmans Gruppe kandidieren; ihm selbst ist ein Sitz im neuen Parlament so gut wie sicher.

Und was das Verhältnis zu den Amerikanern angeht, spricht er Dinge aus, die man – noch – von wenigen Schiitenführern gehört hat: „Amerika ist wichtig für die Demokratie“, sagt er. Niemand habe gern fremde Soldaten im Land, doch die Befreiung des Irak habe ihn eine wichtige Lektion gelehrt. Wie viele andere prominente Schiiten ist er nach dem Krieg nach Nadschaf gepilgert und traf sich mit Großajatollah Ali al-Sistani, dem geistlichen Oberhaupt der zeitgenös-

zung sperrte das NDI-Büro in Manama zu, doch der Funke war überggesprungen: „Es geht nicht mehr um unsere Meinungsverschiedenheiten mit den Amerikanern, Palästina wird immer ein heikler Punkt bleiben“, sagt Scheich Salman. „Aber hier in Bahrein geht es in erster Linie um die Demokratie.“

Mit der aristokratischen Distanz eines bahreinischen Prinzen betrachtet Chalid Al Chalifa die Transformation seines Landes. Der König hat seinen Verwandten in die Schura berufen, wo er, zusammen mit 39 anderen Notabeln und unter mäßigem Interesse der Öffentlichkeit, über Gesetzesentwürfen brütet. Doch Chalifa ist Historiker von Beruf, und er nimmt einen Trend wahr, der ihn beunruhigt.



hin. „Ich war eigentlich noch zum Abendessen mit der Delegation eingeladen“, sagt Chalifa, „aber ich glaube, das erspare ich mir.“

Das schwierige, auf ein paar Jahrzehnte zurückgehende Verhältnis der reichen Golfstaaten zu Amerika steht im Moment nicht im Vordergrund. Ein viel schwierigeres, viel älteres, ist an seine Stelle getreten: der Graben zwischen den Konfessionen, der Machtkampf zwischen den Sunniten und den Schiiten.

„Unser Ziel ist es“, sagt Admiral Patrick Walsh, „Stabilität herzustellen. Wir wollen hier nicht mehr amerikanische Flaggen hissen, wir wollen einen nachhaltigen Frieden in dieser Region.“

Es bleibt eine gefährliche Mission. Vor zwei Jahren wurden alle Familienangehörigen der US-Truppen in Bahrein nach Hause geschickt; die etwa 3000 Marinesoldaten wohnen über die ganze Stadt verteilt, doch in keinem Apartmenthaus oder Hotel dürfen mehr als 25 Prozent Amerikaner untergebracht sein. Das Tragen von Uniformen außerhalb des Stützpunkts ist untersagt, auf einer elektronischen Anzeige an der Ausfahrt steht: „Entfernen Sie alle Identitätskarten und Papierscheine, wenn Sie die Basis verlassen.“

An der Einfahrt steht ein Schild, das auf die aktuelle Sicherheitsstufe hinweist, von A wie Alpha bis E wie Echo. Im Augenblick herrscht Sicherheitsstufe zwei: B wie Bravo.

BERNHARD ZAND